



RATSBRIEF

Nachrichten für Ratsmitglieder und Bürgermeister im NSGB

Nr. 04/2023 vom 21.06.2023

NSGB-Mitgliederversammlung 2023: Botschaften aus der Realität



insbesondere Ministerpräsident Stephan Weil, Landtagsvizepräsidentin Meta Janssen-Kucz und DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg.

Am 14. Juni 2023 fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes in Spelle (Landkreis Emsland statt). Etwa 400 Anwesende widmeten sich den aktuellen Herausforderungen von Städten, Gemeinden und Samtgemeinden in Niedersachsen. Zu den Ehrengästen zählten neben vielen Persönlichkeiten aus Staat, Wirtschaft und Gesellschaft insbesondere Ministerpräsident Stephan Weil, Landtagsvizepräsidentin Meta Janssen-Kucz und DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg.

Im Zentrum der Veranstaltung stand die verbandspolitische Rede von NSGB-Präsident Dr. Marco Trips. Unter dem Titel „Botschaften aus der Realität“ wurde am Beispiel der aktuell drängenden Themenfelder Ganztagsbetreuung im Grundschulalter, Kindertagesstätten, Migration, Energiewende und Amtszeiten vor allem eines deutlich: Die Lage in den Kommunen ist ernst. Es braucht wieder mehr Realitätssinn in Berlin und Hannover, um den Problemen vor Ort gerecht zu werden. Nötig sind

- eine verlässliche Ausfinanzierung der uns übertragenen Aufgaben,
- ehrliche Analysen und echte Auseinandersetzungen mit den Problemen,
- ein ehrliches Betrachten der vorhandenen kommunalen Kapazitäten und Leistungsmöglichkeiten,
- das Eröffnen von kreativen und flexiblen Lösungen vor Ort sowie
- eine ehrliche Kommunikation.

Die „Botschaften aus der Realität“ sind mit dem nachfolgenden Link in ganzer Länge abrufbar. Eine Weitergabe ist ausdrücklich gestattet. In den nachfolgenden Blöcken finden Sie einige Kernaussagen zu den wichtigsten Problemfeldern.

["Botschaften aus der Realität"](#)

Ganztagsbetreuung im Grundschulalter

Bundes- und Landespolitik haben gemeinsam einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz im Grundschulalter ab 2026 beschlossen. Die Rahmenbedingungen, diesen umsetzen zu können, sind jedoch fernab jeder Realität. Damit keine Konexität ausgelöst wird, soll die Ganztagsbetreuung nicht in Gesetzesform, sondern auf dem Erlasswege umgesetzt werden. Dies widerspricht der Wesentlichkeitstheorie des Bundesverfassungsgerichtes.



Daneben mangelt es an einer ausreichenden Finanzierung seitens Bund und Land. Sowohl für die nötigen Investitionen zum Ausbau der Schulstandorte als auch für die dauerhaften Betriebskosten fehlen hunderte Millionen Euro, die drohen, größtenteils aus den kommunalen Haushalten gezahlt werden zu müssen.

„Die Ganztagschule des Landes ist eine Mogelpackung,“ attestiert NSGB-Präsident Dr. Marco Trips der Landesregierung.

In den nächsten Wochen gilt es, in den Verhandlungen mit dem Kultusministerium weiterhin klare Kante zu zeigen und ein Mindestmaß an Unterstützung einzufordern. Die bisherigen Angebote des Landes, keinen einheitlichen Rechtsrahmen für die Ganztagschule zu schaffen und sich nur unzureichend an den Investitions- bzw. Betriebskosten zu beteiligen, sind inakzeptabel.

Migration



Auch wenn die Kommunen aktuell infolge der Überquote des Landes bei ukrainischen Vertriebenen eine kurze Verschnaufpause erleben, treibt die Menschen vor Ort das Thema Migration stark um. Durch die ohnehin angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt auch jenseits der Ballungsräume müssen vielerorts – auch weil die Asylsuchenden über die Balkanroute und das Mittelmeer

weiterhin in großer Zahl zuwandern – Lösungen für die Flüchtlingsunterbringung gefunden werden. Spätestens dann, wenn diese zulasten der örtlichen Gesellschaft gehen – zum Beispiel über Turnhallen – droht die Akzeptanz in der Bevölkerung zu kippen. Die Antworten aus der Politik sind hierzu oft wenig überzeugend.

„Und genau daran krankt es. Die große Politik denkt nur noch in Pressemitteilungen und Talkshows und Klickzahlen,“ kritisiert Dr. Marco Trips in seiner Rede.

Lösungen müssen sowohl auf der europäischen Ebene her, was den Schutz an den Außengrenzen und die gerechte Verteilung innerhalb der EU angeht, aber auch bei der Gemeinschaftsaufgabe Flüchtlinge von Bund, Ländern und Kommunen. Der Bund darf sich dabei nicht aus der Verantwortung ziehen. Hierzu zählt insbesondere der Bereich der Integration mit den aktuell völlig unzureichenden Sprachkursen.

Kindertagesstätten

Im Bereich der Kindertagesbetreuung führen die hohen Standards gepaart mit dem anhaltenden Fachkräftemangel zu großen Problemen in den Kommunen vor Ort. Schon jetzt fahren Städte, Gemeinden und Samtgemeinden Betreuungszeiten zurück und müssen Gruppen schließen, oftmals versucht man vor Ort noch Notlösungen zu finden. Nötig ist eine



attraktivere, echte duale Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher. Hingegen führen gesetzliche Vorgaben wie die dritte Kraft zu einer Verschärfung der Problematik. Was es vielmehr braucht, ist mehr Flexibilität u.a. beim Einsatz anderer geeigneter Personen.

Neben der Fachkräfteproblematik hat sich in den vergangenen Jahren die Finanzierung der Kindertagebetreuung immer weiter zulasten der Kommunen verschlechtert. Von der ursprünglichen Drittelung – Kommune, Land, Eltern – ist spätestens seit Beginn der Beitragsfreiheit ist nicht mehr viel übrig. Es braucht hier eine Stabilisierung seitens des Landes und weniger Bürokratie bei der Abrechnung. Aktuell müssen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden zwei Jahre in Vorleistung gehen, bis sie Zuschüsse rückwirkend erhalten. All das belastet die Lage sehr.

„Es ist an der Zeit, den Kommunen im Bereich der Kindertagesstätten mit einem dauerhaften dreistelligen Millionenbetrag pro Jahr zu stabilisieren. Anderenfalls wird das System bald nicht mehr zu finanzieren sein,“ mahnt Präsident Trips.

Amtszeiten



Zuletzt stand in den „Botschaften aus der Realität“ auch das Thema Amtszeiten für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Fokus. Die bisherigen fünf Jahre reichen nicht für immer komplexer werdende Prozesse vor Ort aus, damit Projekte vor Ort begonnen, begleitet und abgeschlossen werden können. Um das Amt für Bewerberinnen und Bewerber attraktiver zu machen und um eine Perspektive zu bieten,

fordern die kommunalen Spitzenverbände eine achtjährige Amtszeit, könnten aber auch die aktuell diskutierten 7,5 Jahre akzeptieren, um eine teilweise Synchronität mit den Räten zu erreichen.

„Sechs Jahre wären eine herbe Enttäuschung, nicht etwa ein Kompromiss,“ hält Trips fest.



Die Niedersächsische Gemeinde digital

Save the date!

Die Kommunalakademie bietet im 2. Halbjahr auf vielfachen Wunsch erneut einen Workshop „Netzwerk Frauen in der Kommunalpolitik“ an.

Termin: Mittwoch, der 13.12.2023 (10-16 Uhr in Präsenz in Hannover).

Schwerpunkte sind Ausschussarbeit, Sitzungsleitung, Kommunikation Rat/Verwaltung, Praxisübungen. Anmeldungen sind voraussichtlich ab Ende September möglich.

Fortbildungen für Ratsmitglieder



Die Kommunalakademie des NSGB bietet umfangreiche Fortbildungen für alle neuen und alten Ratsmitglieder und Bürgermeister*innen an. Besonderes Augenmerk wird dabei auf das Kommunalrecht, Haushaltsrecht und das Baurecht gerichtet. Aber auch "Softskills" sind dabei.

[Hier geht's zu den Seminaren](#)

Herausgeber: NSGB.

Der Ratsbrief wird an alle Ratsmitglieder der Mitgliedsgemeinden im NSGB versandt. Wenn Sie den Ratsbrief zukünftig nicht mehr erhalten wollen, klicken Sie bitte hier auf

Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund
Arnswaldtstraße 28
30159 Hannover

www.nsgb.de

©2017 NSGB. Nur für Mitglieder.

[AUSTRAGEN](#)